

## KOMPAKT

Ex-ABB-Chef Centermann  
liess sich Millionen zusichern

ZÜRICH – Der im vergangenen September durch Jürgen Dormann ersetzte ehemalige ABB-Chef Jörgen Centerman hat sich für den Fall seines Ausscheidens Zahlungen in der Höhe von 3,3 Millionen Franken vertraglich zusichern lassen. Diese Vereinbarungen seien vor 2001 getroffen worden, sagte Dormann, seit 2002 Verwaltungsratspräsident des Technologiekonzerns, am Freitag an der Aktionärsversammlung im Zürcher Hallenstadion. Centerman muss sich diese Zahlungen demnach bei Amtsantritt als ABB-Konzernchef ausbedungen haben. Der Schwede hatte im Oktober 2000 seinen Landsmann Göran Lindahl an der ABB-Spitze abgelöst. Damals war noch Percy Barnevik Verwaltungsratspräsident, der sich und Lindahl beim Konzernaustritt insgesamt 233 Millionen Franken auszahlen liess. 137 Millionen Franken flossen inzwischen wieder zurück in die Konzernkasse. ABB bezahlte Centerman in seinem zweiten und letzten Jahr als Konzernchef, wie berichtet, rund 7,4 Millionen Franken. Wie Dormann den Aktionären darlegte, hatte Centerman ein Jahreseinkommen inklusive Bonus von rund drei Millionen Franken. Über eine Million Franken erhielt der Schwede für die Monate im laufenden Jahr, die in seine Kündigungsfrist fallen. Kommen noch die 3,3 Millionen Franken dazu, die sich Centerman vor 2001 zusichern liess. «An Herrn Centerman ist keine Abfindung gezahlt worden», sagte Dormann hingegen den Aktionären.

Schweizer Käsebranche mit  
Exporteinbüssen

BERN – Die Exporte von Schweizer Käse sind im vergangenen Jahr stark zurückgegangen. Die Exporteure mussten die Preise für Schweizer Käse wegen der Kürzung der Exporthilfen erhöhen, begründete die Käseorganisation Schweiz KOS die Entwicklung. Zudem sei der Milchpreis im EU-Raum stärker gesunken. Die Nachfrage in der Schweiz blieb stabil. Die Nachfrage nach Käse auf den Exportmärkten sank im Jahre 2002 im Vergleich zum Vorjahr um 4,9 Prozent auf 54 789 Tonnen. Europa ist mit einem Anteil von 80 Prozent das Hauptabsatzgebiet. Die Schweizer Käseexporteure mussten laut KOS die Preise für Schweizer Käse auf den 1. Juli 2002 wegen Kürzung der Exporthilfen und der Euroschwäche erhöhen.

## Inflation in Eurozone rückläufig

BRÜSEL – Die Inflationsrate in der Eurozone ist im April auf 2,1 Prozent gesunken. In Deutschland war der Preisanstieg mit nur 1,0 Prozent am niedrigsten, wie das Statistische Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Luxemburg am Freitag mitteilte. Ebenfalls am unteren Ende lagen Österreich mit 1,2 und Finnland mit 1,3 Prozent. Die höchste Teuerungsrate verbuchte den Angaben zufolge Irland mit 4,6 Prozent, gefolgt von Portugal mit 3,7 und Griechenland mit 3,3 Prozent. Im März lag die Inflation im Euroraum noch bei 2,4 und im April vergangenen Jahres bei 2,3 Prozent.

Allianz überrascht erneut  
mit hohem Verlust

MÜNCHEN – Abschreibungen und Verluste der Dresdner Bank haben die Allianz erneut unerwartet tief in die roten Zahlen gestürzt. Wie der Finanzkonzern am Freitag in München mitteilte, schloss das erste Quartal mit 520 Millionen Euro Verlust. «Die Lage bleibt ernst», sagte Chefbuchhalter Helmut Perlet. Im Versicherungsbereich wie auch im Bankgeschäft machte die Allianz zwar Fortschritte, aber auf Aktienanlagen musste sie überraschend weitere 2,3 Milliarden Euro abschreiben.

## Kapitalerhöhungen

ABB-Aktionäre stimmen zu – Asbestfrage und Teilverkäufe auf gutem Weg

ZÜRICH – Die Aktionäre des weltweit tätigen Technologiekonzerns ABB haben am Freitag in Zürich zwei Kapitalerhöhungen klar genehmigt. Zuvor hatte ABB-Präsident Jürgen Dormann die Wiederherstellung des Vertrauens in den Konzern zum persönlichen Ziel erklärt. Die Lösung der Asbestfrage und die geplanten Teilverkäufe seien auf gutem Weg.

Die 1193 Aktionäre, die im Zürcher Hallenstadion an der diesjährigen ABB-Generalversammlung teilnahmen, stimmten den Statutenänderungen zur Ausgabe von insgesamt 400 Millionen neuen Aktien in offener Abstimmung jeweils mit grossem Mehr zu. Sie vertraten 41,9 Prozent des stimmberechtigten Kapitals.

Für genehmigtes Aktienkapital in der Höhe von 250 Millionen Franken werden bis zu 100 Millionen Aktien ausgegeben. Damit soll das im Juni 2001 abgelaufene genehmigte Aktienkapital von 100 Millionen Franken ersetzt werden. Zudem ist die Einlage von 30 Millionen ABB-Aktien in den Asbestos Personal Injury Trust geplant; dieser wurde wegen der unter Gläubigerschutz stehenden US-Tochtergesellschaft Combustion Engineering eingerichtet, gegen die zahlreiche Asbestklagen eingereicht worden waren, die ABB erhebliche Probleme bereiteten. Genehmigt wurde auch die Erhöhung des bedingten Aktienkapitals von 200 Millionen auf 750 Millionen Franken. 300 Millionen neue ABB-Aktien sollen dem Konzern ausreichende Flexibilität in der Mittelbeschaffung über bestehende Finan-



Wiederherstellung des Vertrauens als Ziel: ABB-Chef Jürgen Dormann.

zierungsquellen hinaus gewährleisten, etwa durch die Emission von Wandel- oder Optionsanleihen.

ABB-Chef Dormann sagte unter anderem, in der Vergangenheit seien bei ABB schwere Fehler und Unterlassungen begangen worden. Immerhin stehe das Kerngeschäft

mit den Divisionen Energie- und Automationstechnik auf gutem Fundament. Das zweite Quartal sei in den Kerngeschäften planmässig angelaufen. Er bekräftigte, dass der Umsatz bis Ende Jahr um vier Prozent steigen solle. In Zukunft müsse ABB eine Betriebsgewinn-Mar-

ge von acht Prozent erzielen. ABB sei noch nicht über dem Berg, warnte Dormann. Zu den dringlichsten Problemen des angeschlagenen Konzerns sagte Dormann, die Asbestfrage stehe vor einer baldigen Lösung. Zum geplanten Verkauf der Division Öl, Gas und Petrochemie sowie der Gebäudetechnik, mit welchem die riesige Schuldenlast von 8,1 Milliarden Dollar abgebaut werden soll, sagte Dormann, laufende Verhandlungen sollten bis Ende 2003 abgeschlossen werden können. Bis Ende 2005 soll die Gesamtverschuldung auf vier Milliarden Dollar sinken. Zum laufenden Kostensenkungsprogramm sagte Dormann, das bis Mitte 2004 anvisierte Ziel von 800 Millionen Dollar dürfte um 100 Millionen Dollar übertroffen werden. Der Restrukturierungsaufwand belaufe sich auf 450 Millionen Dollar.

Allein nicht  
überlebensfähig

BASEL – Laut Swiss-Konzernchef André Dosé ist die Existenz der Schweizer Airline längerfristig nur durch eine Fusion gesichert. «Sicher ist, dass die Swiss nicht überlebensfähig sein wird, wenn nicht Teil eines Mergers sein werden», sagte Dosé in einem Interview der Fachzeitschrift «Schweiz Touristik» vom Freitag. Angesichts des steigenden Kosten- und Preisdruckes in der Airline-Branche seien Fluggesellschaften zu Fusionen gezwungen, um Synergien zu nutzen und die Profitabilität zu sichern. Unklar ist laut Dosé der Zeitpunkt der Fusionswelle.

ANZEIGE

PanAlpina Sicav  
Alpina V

Preise vom 16. Mai 2003

<b>Kategorie A (thesaurierend)</b>	
Ausgabepreis:	€ 41,30
Rücknahmepreis:	€ 40,48
<b>Kategorie B (ausschüttend)</b>	
Ausgabepreis:	€ 39,70
Rücknahmepreis:	€ 38,84

Zahlstelle in Liechtenstein:  
Swissfirst Bank (Liechtenstein) AG  
Austrasse 61, Postfach, FL-9490 Vaduz

WestLB macht  
Milliardenverlust

DÜSSELDORF – Die Westdeutsche Landesbank hat das Jahr 2002 mit einem höheren Milliardenverlust abgeschlossen, als noch vor wenigen Wochen erwartet. Der Vorsteuerverlust des Düsseldorfer Geldkonzerns belief sich auf rund 1,7 Milliarden Euro. Im Vorjahr

hatte die Bank noch einen Gewinn von 143 Millionen Euro vor Steuern ausgewiesen. Hauptursache für die roten Zahlen war die drastisch gestiegenen Risikovorsorge, sagte WestLB-Chef Jürgen Sengera. Noch in den letzten Wochen hatte die Bank wegen eines neu aufgetauchten dreistelligen Millionenrisikos die Bilanz für 2002 deutlich nach unten korrigieren müssen.

ANZEIGE

## LGT Precious Metal Fund

Anlagefonds für Edelmetallwerte  
Inventarwert\* USD 5,38  
per 12.5.2003  
\* +/- Ausgabekommission

Informationen Tel. +423/235 20 69 · Fax  
+423/235 16 33 · Internet www.lgt.com

LGT Bank in Liechtenstein

## LAFV-GASTBEITRAG

## Unternehmensanleihen im Vormarsch

Von Dr. Werner Löffler, LLB Investment Partners AG

Nach wie vor wird der Obligationenmarkt von Staatsobligationen beherrscht, doch die Zahl der Unternehmensobligationen, auch Corporate Bonds genannt, wächst. Dabei handelt es sich um Schuldscheine, die von privatwirtschaftlichen Unternehmen begeben werden.

Anders als die Miteigentümer auf der Aktienseite sind Obligationenbesitzer Gläubiger, die dem Schuldner mit dem Kauf des Wertpapiers für einen bestimmten Zeitraum ein Darlehen gewähren. Als Gegenleistung erhalten sie einen jährlich vereinbarten Zinssatz, der höher ist als bei Staatsobligationen. Für diesen Zinsaufschlag, auch «Spread» genannt, muss man allerdings auch mehr Risiko in Kauf

nehmen.

Während der Laufzeit kann es zu Ausschlägen nach oben und nach unten kommen. Anleger, die Unternehmensobligationen nach der Strategie «Kaufen und Halten» bis zum Ende der Laufzeit treu bleiben, gehen bei Unternehmen guter Qualität fast kein Risiko ein. Sie bekommen ihr Kapital zu 100 Prozent zurück und erhalten zusätzlich vom Schuldner einen jährlich fix vereinbarten Zinssatz. Wer sich jedoch vorzeitig von den Papieren trennt, muss unter Umständen ein Minus hinnehmen. Vor Ende der Laufzeit nähert sich der Kurs dem Ausgangswert.

Nachdem noch zu Beginn des Irak-Kriegs eine regelrechte Flucht in erstklassige Staatsobligationen

mit AAA-Bonitäten zu beobachten war, sind es seit März vornehmlich Unternehmensobligationen mit schlechterer Bonitätseinstufung (BBB-Rating), die in überdurchschnittlicher Weise von der verbesserten Stimmung an den internationalen Finanzmärkten profitieren. Die Erleichterung über den schnellen Kriegsausgang im Irak und die mehrheitlich positiven Überraschungen in der Quartalsberichtsaison sorgten für eine hervorragende Entwicklung aller Sektoren. Besonders positiv konnten sich in diesem Umfeld die Obligationen der Telekombranche entwickeln. Zudem waren die Autowerte die Markttreiber im vergangenen Monat.

Bei steigender Profitabilität der

Unternehmen und gleichzeitiger Schuldenreduzierung dürfte sich die bessere Entwicklung (Outperformance) der Unternehmensobligationen gegenüber den Staatsobligationen auch in den nächsten Monaten fortsetzen. U. E. eignen sich Unternehmensobligationen vor allem für solche Investoren, denen das aktuelle Renditeniveau von Staatsobligationen zu niedrig und das Kursrückfallsrisiko von Aktien zu hoch ist. Bei der Auswahl der einzelnen Obligationen sollte zur Risikominimierung dabei insbesondere bei den schlechteren Bonitäten auf eine angemessene Diversifizierung geachtet werden.

Die alleinige inhaltliche Verantwortung für den Beitrag liegt beim Verfasser.